

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adm. Hain, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 11, 20949 (Aue) 140, Schneeberg 18, Schwarzenberg 20, Grünhain/Grätz, Volksfreund Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Der Preis für die 24 mm breite Coloni-Steinplatte im Umkreis der 15, auswärts 25, für die 30 mm breite Coloni-Steinplatte 30, auswärts 40, für die 50 mm breite Coloni-Steinplatte 55, auswärts 65 Coloni-Steinplatte.  
Postfach-Nr. 12226, Leipzig.  
Telefon-Nr. 12226, Leipzig.  
Vertriebsstellen: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Wichtiges: Man wolle für die am Samstag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in den Sonntagsausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ keine Bestellungen aufgeben. Die Bestellungen für die Sonntagsausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ sind in den Sonntagsausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ zu machen. Die Bestellungen für die Sonntagsausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ sind in den Sonntagsausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ zu machen.

Nr. 231.

Donnerstag, den 2. Oktober 1924.

77. Jahrg.

## Die deutschnationale Entscheidung.

Berlin, 30. September. Die Deutschnationale Volkspartei gibt über ihren heutigen Vertretertag folgenden Bericht aus:

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei trat heute im Reichstag unter ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung zusammen. Der Parteivorsitzende, Staatsminister Hergt, erstattete Bericht über die Reichstagsberatungen zum Sachverständigenrat und über die inzwischen stattgefundenen Besprechungen über den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Bei einer eingehenden Würdigung der politischen Lage verwies er u. a. auf das Schreiben der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom 28. August, worin vollstes Verständnis für die bei der Deutschnationalen Volkspartei bestehende bittere Enttäuschung über das in London nicht Erreichte zum Ausdruck kam. In diesem Schreiben werde die Deutschnationale Volkspartei zur Mitwirkung an der Zukunftsbildung aufgerufen, bei der dann alles darauf ankomme, mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgeführt werden konnte. Er nahm ferner auf den Beschluß des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei vom 24. September Bezug, worin gerade die Uebernahme der Reparationslasten nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeit als Richtlinie bezeichnet wird. Es gelangte in der eingehenden Aussprache zum Ausdruck, daß auf Grund solcher Kundgebungen der Deutschen Volkspartei sich eine Verständigung über eine gemeinsame nationale Arbeit mit den anderen in Betracht kommenden Parteien finden lassen könne, bei der die Deutschnationale Volkspartei ihr vornehmstes Ziel, die politische und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands, unter allen Umständen weiter zu verfolgen entschlossen ist. In der Aussprache wurde ferner auch in vollster Würdigung der schwierigen Lage das unablässige, selbstlose Bemühen des Parteivorsitzenden anerkannt, unter Wahrung des eigenen ablehnenden Standpunktes einen Ausgleich unter den abweichenden Auffassungen der Reichstagsfraktion herbeizuführen und dadurch die Geschlossenheit der Fraktion zu erhalten.

Am Schluß der Tagung wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vorsitzenden der Landesverbände einmütig gewillt, die Geschlossenheit und Einigkeit zu wahren. Nachdem der Reichstag auf das Londoner Abkommen gegründeten Gesetze angenommen hat und damit neue rechtliche Organe zur Durchführung geschaffen sind, ist es Pflicht der Partei, sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze zu verschaffen. Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den vom Reichkanzler in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht verweigert.“

Der erste Satz dieser Entschließung — es wurde sachweise abgestimmt — wird einstimmig angenommen. Gegen den zweiten Satz stimmten nur 31 von den rund 400 Anwesenden. Die vom Bremer Senator Buff für Hergt eingebrachte Vertrauenskundgebung wurde mit stürmischem Beifall angenommen. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß Hergt Vizeminister, Graf Westarp Minister des Innern, Schiele Wirtschafts- und Verkehrsminister wird. Es handelt sich um eine Umbildung, nicht aber um eine Neubildung der Regierung. Mars, Stroffmann, Ranig, Luther, Drons behalten ihre Portefeuilles.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Reichskanzler Mars, nachdem die Beschlüsse des deutschnationalen Vertretertages vorliegen, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufnehmen. Diese Verhandlungen über die Frage einer Erweiterung der Reichsregierung werden zunächst sowohl nach rechts als auch nach links geführt werden. Die Besprechungen nehmen morgen ihren Anfang und werden voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche werden dann die Reichstagsfraktionen zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Als erste der Reichstagsfraktionen hat die demokratische eine Sitzung für Dienstag, den 7. Oktober, anberaumt. Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion Koch, der in Italien weilte, ist wegen der bevorstehenden Parteiführerbesprechungen von der demokratischen Parteileitung telegraphisch zurückberufen worden.

Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der zweite Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, fordert in der „Hilfe“ die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Förderung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen: 1. Erkennen Sie die Weimarer

Verfassung an? 2. Sind Sie bereit, jede gewaltfame Beseitigung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden? 3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen? 4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes? 5. Sind Sie bereit, jegliche Förderung der verfassungsfreundlichen Organisationen zu unterstützen? 6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern? 7. Sind Sie bereit, Berücksichtigungen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung entschieden zu bekämpfen? Erst nach Beantwortung dieser Fragen, so erklärte Erkelenz, könne man beurteilen, was der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung innen- und außenpolitisch bedeuten würde.

Daß ausgerechnet die Kleinsten der Koalitionsparteien mit ihren 28 Abgeordneten diese Fragen stellt, ist recht beachtend für die Ueberheblichkeit der Demokraten. „E. B.“

### Deutschland zahlt.

Berlin, 30. Sept. Die für Monat September gemäß dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht nur pünktlich geleistet, sondern sogar überschritten worden, so daß ein beträchtlicher Ueberschuß erzielt worden ist. Die Monatssumme von 83 Millionen Goldmark setzt sich aus den beiden Barzahlungen der deutschen Regierung von zusammen 40 Millionen Goldmark, den Einnahmen aus dem Recovery Act und aus der Regie sowie aus den deutschen Zahlungen an die Besetzungsmächte zusammen. Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalagenten für Reparationszahlungen ist der am 1. Oktober fällige Reparationsbetrag von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt.

### Zur deutschen Völkerbundnote.

Paris, 30. Sept. Obwohl der Quai d'Orsay sich verpflichtet hatte, über den Inhalt der von dem deutschen Geschäftsträger Herrlot übergebenen Denkschrift bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nichts zu verlautbaren, sind die Pariser Zeitungen mit Mitteilungen über den Inhalt des deutschen Memorandums angefüllt, die behaupten, daß Deutschland zu wissen verlangt, wie die Frage von Oberschlesien, die Frage des Saargebietes und insbesondere die Frage der militärischen Zwangsmassnahmen geregelt werden soll. Insbesondere aber wolle Deutschland mit diesem Memorandum der russischen Regierung gefällig sein und wolle wissen, ob Deutschland sich dazu hergeben müßte, daß französische Truppen in einem Konflikt zwischen Ausland und Polen durch deutsches Gebiet durchmarschieren dürften. Endlich verlangt Deutschland zu wissen, ob es an der Militärkontrolle, die der Völkerbund von 1925 an ausüben soll, teilnehmen können. Auf diese Frage wissen die Pariser Blätter bereits eine Antwort zu erteilen, daß Frankreich vollkommen unnachgiebig bleiben wird. Der Beschluß des Völkerbundes müsse durchgeführt werden, wonach alle früher feindlichen Staaten an der Militärkontrolle nicht teilnehmen dürften.

London, 30. Sept. Aus Brüssel melden die „Times“, Premierminister Theunis habe dem deutschen Gesandten bei der Ueberreichung des Memorandums die Hoffnung ausgedrückt, die deutsche Regierung werde nicht von neuem die Kriegsschuldfrage aufwerfen. Ein solcher Schritt würde äußerst bedauerlich sein. Allgemein könnte gesagt werden, daß die Haltung der belgischen Regierung mit der von Herrlot und Briand dargelegten identisch sei, die dahin gehe, daß Deutschland sich den gemeinsamen Gesetzen unterwerfen und sich verpflichten müsse, alle Bestimmungen der Völkerbundsatzung zu achten und durchzuführen.

London, 30. Sept. Der „Times“ zufolge wird nicht erwartet, daß die britische Antwort auf das deutsche Memorandum sofort erteilt wird, da es aller Wahrscheinlichkeit nach für notwendig erachtet werden wird, mit den übrigen Empfängern der Note Rat zu pflegen.

London, 30. Sept. Die „Times“ schreibt, die Unterbreitung des deutschen Memorandums stelle einen neuen Schritt in der allmählichen Annäherung der deutschen Regierung an den Völkerbund dar. Es sei klar, daß keines der größeren Ziele der Völkerbundsatzung ohne willige Zustimmung und aktive Mitwirkung Deutschlands vollendet werden könne. Die Haltung der deutschen Regierung sei natürlich vorsichtig. Deutschland könne nicht umhin, zu erwägen, daß die neuen Verpflichtungen, die es in Genf eingehen würde, die Tendenzen und die Politik durchkreuzen, die es bisher verfolgt habe. Es sei gar nicht schlecht, daß die deutschen Anfragen zu einer Ueberlegungspause führten, denn obgleich es in jeder Hinsicht wünschenswert sei, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde, mit den vollen Rechten und Verantwortlichkeiten, so müßten doch die großen Veränderungen, die sein Eintritt in die europäische Politik bewirken würde, im Voraus sorgfältig erwogen werden.

## Die Bank für deutsche Industrieobligationen.

Berlin, 30. Sept. Zur weiteren Durchführung des Dawesplanes wurde heute im Reichswirtschaftsministerium die im Industriebelastungsgesetz vom 30. August 1924 vorgesehene Bank für deutsche Industrieobligationen gegründet, die die im Sachverständigenrat vorgezeichnete Belastung der deutschen Wirtschaft mit 5 Milliarden Obligationen durchzuführen hat. Zur Gründung hat sich ein Komitee aus einer Reihe führender Industrieller und Bankfirmen gebildet. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates, der einschließlich des Präsidenten aus 15 Mitgliedern bestehen soll, hat die Regierung gemäß der ihr übertragenen Vollmacht folgende Personen bestellt: Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg, Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Bail, den Dirigenten im Reichsfinanzministerium, Ministerialrat Dorn, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, Prof. Dr. Flechtheim, Rechtsanwalt Lammers, Bankier v. Schwabach. Von den ausländischen Mitgliedern des Aufsichtsrates hat bisher nur die Reparationskommission drei Mitglieder ernannt, während die sachgemäß von den ausländischen Mitgliedern des Generalrates der Reichsbank zu ernennenden vier Mitgliedern noch ausstehen. Gemäß der ihr übertragenen Befugnis hat die Regierung fernerhin zu Vorstandsmitgliedern Dr. Baehne und Dr. Ramhorst bestellt. An der Gründungsverhandlung hat auch der von der Reparationskommission zum Treuhänder für Industrieobligationen bestellte Herr Rogara, der italienische Staatsangehöriger ist, sowie Herr Robinson, der Vertreter des Reparationsagenten, teilgenommen.

Die Verhandlungen wurden vom Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm mit einer Ansprache eingeleitet, in der er auf die große Bedeutung der schwierigen Aufgaben hinwies, die der Bank im Rahmen der neuen Reparationsregelung zufallen, und in der er die Hoffnung ausdrückte, daß durch verständnisvolles Zusammenwirken aller beteiligten Kreise die über die Nation schwer belastung, die der deutschen Wirtschaft mit den Industrieobligationen aufgedrückt worden ist, nach Möglichkeit erträglich gemacht werden möge. Als Vertreter der Belasteten wie der deutschen Mitglieder des Aufsichtsrates sprach Professor Flechtheim die Erwartung aus, daß die Arbeit, die diese im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft und der Belasteten aller Wirtschaftszweige zu leisten entschlossen seien, dazu beitragen möge, eine ruhige Entwicklung zum Schutze der Deutschen zu gewährleisten, und äußerte die Hoffnung, daß alle Beteiligten an die Durchführung in dem Geiste herangehen möchten, aus dem heraus allein die Durchführung des Berichts Erfolg verspreche.

### Die Exportabgabe.

Paris, 30. Sept. Die französische Regierung hat, wie Havana berichtet, den deutschen Botschafter heute die Antwort auf die deutsche Note, betreffend die 26prozentige Exportabgabe, überreichen lassen. Die französische Regierung bemerkt, daß diese Taxe analog derjenigen sei, die von England erhoben werde, Ihre Einführung sei sogar durch den Dawesplan als Zahlungsmittel vorgesehen. Die französische Regierung erklärt weiter, dem deutschen Reiche würden durch diese finanzielle Maßnahme keine neuen Lasten aufgedrückt. Sie habe nicht die Absicht, durch diese Abgabe die Klauseln des Dawesplanes zu umgehen.

### Umrechnungskurs für Ausfuhrwerte.

Berlin, 30. September. Das Volksbureau meldet: Für die Umrechnung der Ausfuhrwerte zur Veranlagung der Reichsgeldbilanz in Gold bei Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen ist künftig der amtliche Berliner Börsenkurs des letzten Börsentages im Monat für den ganzen folgenden Monat anzuwenden. Eine Festsetzung und Veröffentlichung besonderer Kurse für diese Umrechnung findet nicht mehr statt.

### Holländische Industriekredite.

Berlin, 30. September. Am Sonntag sind wieder acht holländische Bankiers hier eingetroffen. Ihr Besuch gilt dem Abschluß von Kreditverträgen mit der deutschen Industrie.

### Die Kontrollarbeit.

Berlin, 30. Sept. Im Laufe der vergangenen Woche sind von der internationalen Kontrollkommission des Reichswehrministeriums, die Stäbe der Wehrkreiskommandos 1, 2 und 3, der 3. Kavalleriedivision, einige Truppenteile in Schwedt, Stettin und Swinemünde, ferner die Befestigungswerke in Geestemünde und Cuxhaven, verschiedene Befestigungs-, Bekleidungs- und Zeugämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besucht worden. Die Besuche sind überall reibungslos verlaufen.

### Ende der Marinekontrolle.

Berlin, 30. Sept. Da alle Rüstungsfragen, soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, ist die internationale Marinekontrollkommission laut Beschluß der Botschafterkonferenz am 30. September aufgelöst.